

Fraktion DIE LINKE / GAL

Rede zum Entwurf des Haushalts 2017

Zwei Resolutionen fasste der Kamener Stadtrat in den letzten Jahren. Da die Umsetzung bzw. Nichtumsetzung dieser Resolutionen – direkt oder indirekt – enorme Auswirkungen auf den Haushalt (auch den der Stadt Kamen des Jahres 2017) hat, will ich mit diesen beiden meine Haushaltsrede einrahmen.

Die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA wurden am 12. März des letzten Jahres mit Blick auf den Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge-Strukturen skeptisch bewertet.

Im Moment sieht es ja so aus, als ob TTIP sowieso vom Tisch ist und ob CETA trotz positiven Votums seitens der EU wirklich umgesetzt wird, erscheint doch fraglich.

Ob VKU, VHS, die Bibliothek oder der Eigenbetrieb Stadtentwässerung nach einer etwaigen Umsetzung noch so wirtschaften können wie bisher, erscheint fraglich – und natürlich besonders betroffen: die GSW.

Quasi mit Blick auf das, was da alles – auch durch die Liberalisierung der Märkte – noch kommen mag, beschäftigt sich die GSW seit einigen Jahren mit dem Abstoßen der Bäder.

Bäder

Überhaupt die Bäder: Sämtliche noch offene Hallenbäder (Heeren, Methler und das Bad am Schulzentrum) sind von baldiger Schließung bedroht.

Dafür soll ein zweistelliger Millionenbetrag in ein Kombibad investiert werden. Nur was die Kamener für das viele Geld bekommen, ist noch unklar. Die Grund-Variante scheint eher auf ein Freibad ausgelegt, in dem **nicht** wirklich geschwommen werden kann. Ein 400 Quadratmeter großes Becken – da wird an heißen Sommertagen nicht mehr als ein Stehplatz übrig bleiben. Das wird so angenehm wie in einer Duschkabine zu Dritt.

Ob dafür fast 16 Millionen Euro ausgegeben werden sollten, erscheint mehr als fraglich. Ach ja: obwohl die Diskussionen schon laufen und 2018 als Bau angestrebt wird, ist im Haushalt nichts vermerkt. Die Finanzierung wird auf jeden Fall noch spannend – für eine Stadt in der Haushaltssicherung.

Lob – aber keine Lobhudelei

Viele Dinge, die die Stadt Kamen, liebenswert machen, sind auch im Haushalt abgebildet.

Die Stadt leistet sich freiwillige Ausgaben im Bereich der Kultur: ein kleines (aber feines) Museum und eine Musikschule in schönen Räumlichkeiten. Daneben gibt es die Bibliothek mit vielen Veranstaltungen für alle

Altersgruppen – und das gleiche gilt für eingekauftes Theater. Lokale Initiativen werden unterstützt.

Für den Sport wurden in der Vergangenheit größere Ausgaben getätigt. Zuletzt ist ja das Sportlerheim am Schulzentrum fertig geworden.

Anzuerkennen ist auch die Arbeit des Jugendamtes. Hier müssen über 8 Millionen Euro an Transferauswendungen für Maßnahmen für Kinder und ihre Familien aufgebracht werden. Obwohl durch die Kinderferienaktionen oder die Arbeit in den Jugendzentrum vieles aufgefangen wird, was sonst hohe Kosten verursachen würde. Die Kita-Situation im Bereich U3-Betreuung verbessert sich langsam. Und obwohl besonders in Methler Probleme auftauchen, ist die U3-Versorgung einigermaßen gesichert.

Wir freuen uns, dass der Um- und Ausbau des Jugendfreizeitzentrums zu einem Bürgerhaus auf der Lüner Höhe im nächsten Jahr in Angriff genommen wird. Ein herausragendes Projekt der Arbeit der Stadt für die Menschen des Quartiers.

Bei den Schulen, die auch in Kamen einen gewissen Sanierungsstau vorweisen, will nun das Land helfen. Fast 1,2 Millionen Euro sollen aus dem Programm „Gute Schule 2020“ investiert werden. Insgesamt sollen – vor allem in die älteren Schulen, also in Grundschulen, Gymnasium und Gesamtschule – ca. 2,7 Millionen Euro investiert werden. Bei der älteren Baustruktur unbedingt nötige Maßnahmen!

Am Rande aus der Praxis: Probleme bei kleinen Reparaturen und der Kontrolle von Maßnahmen liegen oft am fehlenden Personal, bedingt durch den immer enger werdenden Stellenplan.

Der Umbau der VHS – jetzt auch mit neuem Leiter (der hoffentlich das ambitionierte Programm seines Vorgängers weiterführt) – geht voran. Die ehemalige Käthe-Kollwitz-Schule kann den immer wieder geforderten barrierefreien Zugang gewährleisten. Wir wünschen uns übrigens, dass die Alte Apotheke am Geist – als eines der wirklich sehenswerten alten Gebäude in Kamen – in städtischer Hand erhalten bleibt. Der Verfall der an die Güldentröge angrenzenden Nebenhäuser lässt vor einem Verkauf warnen.

Auch zwei andere Maßnahmen, die wir unterstützen, sollen 2017 begonnen werden:

- Die Sanierung des Ratstraktes und
- Die Einbindung der Seseke in die Innenstadt

Heeren-Werve: die Bisamratte und kein Zentrum

Bisamratten und Enten tummeln sich im und am Mühlbach, der die Ortsteile Heeren und Werve trennt. Und für den Bisam scheint es 2017 weiter Ruhe zu geben. Der Grund ist das Verschwinden der Investitionsmaßnahme 423 aus dem Haushalt.

Die Stadtteilklammer Heeren-Werve: eine kleine Fußgängerbrücke, die – ohne dass viele das gemerkt

haben – für den Haushalt 2016 unter dem Titel „Von der Becken Straße (Brücke Bauwerksnummer 25)“ quasi mitbeschlossen wurde.

Im neuen Plan taucht sie nicht mehr auf! – Eine Begründung sucht man in allen Erläuterungen vergeblich. Doch der Grund ist klar:

Diese kleine Brücke über den Mühlbach, die die Ortsteile Heeren (von der Märkischen Straße) und Werve (vom Südfeld) für Fußgänger und schiebende Radfahrer verbindet, sollte für 280.000 Euro aufgemotzt werden: breiter – heller – und gefährlicher.

Dabei hätten die Heerener viel lieber ihr Freibad behalten und wollen – wie sich durch die Proteste der Bürgerschaft zeigt – ihr Hallenbad behalten.

Auch in der Ortsmitte hat sich nichts Sichtbares getan. Man darf gespannt sein, ob das Integrierte Handlungskonzept (IHK) das Nebenzentrum wirklich aufwerten kann.

Seit der Schlecker-Pleite fehlt ein Drogerie-Markt, das einzige Textil-Geschäft wurde geschlossen. Die bisherigen Ansiedlungen an Geschäften – oder besser die fehlenden Ansiedlungen (Arztpraxis im Ladenlokal) – lassen eine aktive Beteiligung der Stadt (und ihrer Wirtschaftsförderung) nicht erkennen. Ortsgespräch ist übrigens, dass Nüsken plant, den Edeka an der Mittelstraße noch zur Jahresanfang zu schließen, was nach dem Ausbau des Ladens am Pfortnerhaus irgendwie logisch wäre.

Flüchtlinge

In diesem Bereich – im Haushalt unter dem Produkt 31.03.02 „Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ aufgeführt – hat sich am meisten getan.

Nachdem Begrüßungskultur, Integration und Hilfe jahrelang von Ehrenamtlichen geleistet wurde, nachdem sämtliche Anträge zur Verbesserung der Lage von Flüchtlingen im Rat abgelehnt wurden und die Betreuung Hausmeister-Tätigkeit war, begann Ende 2015 das Umdenken.

Vorsorglich wurde das Christopherushaus am Schwimmbad erworben. Insgesamt 9 Stellen sind inzwischen für Flüchtlinge geschaffen worden, die Verteilung auf Wohnungen wird bevorzugt. Viele Flüchtlingshelfer sind am Tag des Ehrenamts ausgezeichnet worden.

Und auch finanziell hat sich einiges geändert. Während der Kämmerer im letzten Jahr noch mit einem Verlust von über 800.000 Euro kalkuliert hatte, schreibt Herr Tost in den Haushaltsplan ein Ergebnis von plus 2,07 Millionen Euro ein. 6,5 Millionen werden vom Land erwartet – damit sind, wie Frau Peppmeier und Frau Kappen in Ausschüssen formulierten, die Zuwendungen „auskömmlich“.

Diese 2,07 Millionen (oder nach Verrechnung der sog. Internen Leistungsbeziehungen immerhin noch 1,42 Millionen) helfen, Defizite in anderen Bereichen auszugleichen.

Nachdem die Stadt über Jahrzehnte dazuzahlen musste, scheint sich das jetzt zu ändern. So tun die Flüchtlinge nicht nur etwas für die Verbesserung der demographischen Entwicklung.

Doch da genügend Geld vorhanden ist, könnte die Stadt hier im Bereich der Arbeitsbeschaffung aktiv unterstützen. Die vielen jungen Männer wollen arbeiten. Bei der Beschaffung von Praktikumsplätzen könnte ein Mitarbeiter der Verwaltung helfen, zumal die rechtliche Situation oft nicht einfach ist.

Was spricht gegen den Haushalt?

Es ist ein Qual, den Haushalt durchzuarbeiten. Oft finden Verschiebungen in den Personal- oder in den Sachkosten von mehr als 100 Prozent statt.

Erläuterungen dafür sucht man aber vergebens.

Transparenz sieht anders aus.

Da ist das Haushaltssicherungskonzept, gegen das wir vor Jahren unsere Vorbehalte – auch mit Anträgen – vorgetragen haben.

Da ist die Verquickung mit der KBG, die zur Verschleierung von Kosten führt und nicht zur Transparenz des Haushalts beiträgt. Mündliche

Erläuterungen im Kulturausschuss und Antworten auf Anfragen der CDU-Fraktion deckten einige Verbindungen auf.

Und da ist der gebetsmühlenartig vorgetragene Verzicht auf Einnahmen der Parkraumbewirtschaftung. Dabei gibt es an vier Stellen in der Innenstadt Parkgebühren – nur kommen die nicht der Allgemeinheit zugute. Am Parkhaus am Bahnhof konnte eine Bewirtschaftung den Parkdruck entschärfen. Und es ist niemanden zu erklären, dass Radfahrer für das überdachte Parken zahlen müssen, während es für Autofahrer umsonst ist.

Merkwürdig dabei, dass die Stadt in Bereich „Überwachung ruhender Verkehr“ zwar die Personalkosten um 76.000 Euro aufstocken will (immerhin sind das 35 Prozent), die Einnahmen an Bußgeldern aber fast unverändert bleiben sollen. Dabei war für 2015 ein „Gewinn“ von 102.000 Euro erzielt worden – 2017 sollen es nur 26.000 Euro sein.

Dass sich die Stadt weigert, mit einem Schild auf die größte archäologische Stätte – das Germanendorf in Westick – hinzuweisen, sorgt ebenfalls für Verwunderung.

Vermögenssteuer

Am Ende die zweite Resolution: mit großer Mehrheit trat die Stadt Kamen am 16. Mai 2013 dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!“ bei. Damals betrug die

Nettoprivatmögen rund 8 Billionen Euro, inzwischen sind sie auf 10,5 Millionen Euro gestiegen – mit einem Zuwachs von 9073 Euro pro Sekunde. Das reichste Prozent hält 3,6 Billionen Euro – ein Prozent davon sind 36 Milliarden Euro.

Die Probleme der Städte im Ruhrgebiet sind nicht hausgemacht.

Dann kam die Nachricht: Die nächste Bundesregierung – unter Beteiligung der Linken – führt ein neues kommunales Finanzierungsgesetz ein. Unter Einbeziehung der Vermögenssteuer, der lange angekündigten Finanztransaktionssteuer und dem Schließen von Steuerschlupflöchern für Großunternehmen in der EU steigen die öffentlichen Einnahmen. Eine gerechtere Verteilung sorgt dafür, dass die finanziellen Probleme der Kommunen weitgehend gelöst sind. Der Kämmerer der Stadt Kamen präsentiert einen ausgeglichenen Haushalt ...

An dieser Stelle bin ich leider aufgewacht.

Es gilt das gesprochene Wort.
Klaus Dieter Grosch
(Fraktionsvorsitzender)